



16. Februar 1931

RICHARD KLEINEIBST · SCHWANKUNG ODER SCHWENKUNG?

FIN Irrtum sei eingestanden: Auch die deutsche Außenpolitik hat noch Überraschungen in Reserve. Ein Umschwung hat ungefähr seit der Jahreswende begonnen. Das hohe Roß der Revisionsforderungen wurde langsam abgezäumt, der Vorrang innenpolitischer Rücksichtnahme auf nationalistisches Geschrei als ein außenpolitischer Wahnsinn erkannt. Man begann über Deutschlands Grenzen hinauszuhorchen und zu schauen und suchte sich in der Welt zu orientieren, nachdem man sich bis dahin selbst künstlich ein- und abgeschlossen hatte. Von der herben Luft, die aus dem freien Raum einströmte, wurden Illusionen schnell weggeblasen, das teutsche Bärenfell erwies sich doch als ein für die moderne Zeit ungeeignetes Kleidungsstück, und dem erstaunten Blick bot sich eine Welt dar, in der nicht Frankreich isoliert war, wie man sich eingeredet hatte, sondern Deutschland. Das war ein bitteres Erwachen. Aber so viel hatte man wenigstens von den Vettern jenseits des Kanals gelernt, daß man versuchte to make the best of it. So begann (hier energischer, dort zaghafter, des öftern auch mit Rückfall in den Nationalismus) die Loslösung von Deutschlands wahren Feinden und Verderbern, von steriler Rassenunethik und kindischem Größenwahnsinn. Die Auslandskorrespondenten der größeren Blätter begannen sich auf ihre Aufgabe zu besinnen und berichteten der sicherlich erstaunten Leserschaft, daß es dem "Erbfeind" Frankreich gelungen sei sich aus der (vorgetäuschten) Umklammerung zu lösen.

Friedrich Sieburg meldet »im Januar« unter der Überschrift Was haben wir von England zu erwarten? der Frankfurter Zeitung vom 14. Januar 1931, »daß England Frankreich den Kontinent überlassen« hat, daß »für England die Unterstützung Frankreichs mehr als eine Konjunktur« ist, und daß »Deutschland von dieser Seite keinerlei Unterstützung zu erwarten hat, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil hinter dieser Minderheitenfrage unausgesprochen, aber darum nicht weniger deutlich die Frage der deutschen Ostgrenzen überhaupt steht, mit der das Foreign Office unter keinen Umständen etwas zu tun haben will«. Auch das wird dem deutschen Leser, wenn auch nicht auf der geradesten Linie, beigebracht, daß die »andere«

Revision, die des Youngplans, in England kaum auf Gegenliebe stoße, die »Solidarität der Gläubiger« als ein Faktum anzuerkennen sei. Ähnlich warnt Albrecht Graf Montgelas in der Vossischen Zeitung vom 15. Januar 1931 vor der territorialen Revisionsforderung; er meint allerdings, die finanzielle sei »Gemeingut des britischen Volks«. Und der Londoner Vertreter des Zentralorgans des Zentrums stellt elegisch in der Germania vom 14. Januar 1931 fest, daß »das Labourkabinett auf so viele seiner früher geäußerten Ansichten zur Reorganisation Europas resigniert hat«:

»So kehrt die englische Außenpolitik in die alten Bahnen des "Office" zurück, des passiven Beharrens, und der Pariser Botschafter Tyrrel vermag (in den Formen einer Goldentente) den Vorgang des englisch-französischen Sonderabkommens zu wiederholen. Als wenn es nie ein Labourkabinett gegeben hätte!«

Schließlich, um die Rechte nicht zu übergehen, auch die Kreuzzeitung kann nicht umhin in ihrer Außenpolitischen Rundschau am 14. Januar festzustellen, daß Deutschland sich in einer »isolierten Stellung« befindet. Sie hat es vermieden aus ihrer Erkenntnis den Schluß der Vernunft zu ziehen, was andere Zeitungen allgemein getan haben, auch die Staatsmänner, soweit sie sich in dieser Periode nicht einer, bisher weniger geübten, aber lobenswerten und philosophischen Schweigsamkeit befleißigten. Immerhin zeigt das Datum dieser Mahnungen, daß man zwar bis zuletzt damit gewartet hat, es schließlich aber doch nicht auf eine Katastrophe ankommen lassen wollte.

Vergleicht man allerdings diese Darstellungen der außenpolitischen Situation mit den früheren Dokumenten lichtvoller deutscher Außenpolitik und außenpolitischer Berichterstattung, wie sie hier zusammengetragen werden mußten, so erfaßt man wiederum den ganzen Jammer, die ganze Gefahr einer mißorientierten öffentlichen Meinung, die sich unmöglich in dem Gestrüpp von Phrasen, falschen Hoffnungen und mißbräuchlicher Fehlunterrichtung zurechtfinden kann. Noch am 4. Januar darf doch Hans Zehrer in der Vossischen Zeitung unter der Überschrift Briands Sieg über England schreiben, es gehe »um die Revision der Verträge«, das deutsche Volk, das »sehnsüchtig nach dem Kapitalreichtum in Paris« blicke, fordere sie:

»Der reiche Nachbar im Westen aber antwortet: Keinen Pfennig ohne die Aufgabe der Revision! Wohin das führen wird, ist heute schon zu erkennen; aber es ist wohl zwecklos es dem Auslande auszumalen. Also behalten wir es für uns selber.« Das ist sicher auch das beste. Und niemand wird besondern Eifer daran wenden Hans Zehrer sein Geheimnis zu entreißen.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht an der Groteske vorbeigegangen werden, die um den Goldreichtum der Banque de France gespielt hat. Mit entrüstetem Eifer warf Deutschland sich zum Schützer des schwachen Englands auf, das mit silbernen Kugeln von der andern Seite des Kanals bombardiert würde; der englische Schatzkanzler Philip Snowden fand im klassischen Land der Inflation freiwillige Helfer, die seine Forderung nach Goldaufwertung der französischen Kriegsanleihen in England unter Anrufung aller Menschenrechte unterstützten. Ja, noch am 3. Februar, nachdem man von anderer Seite schon abgeblasen hatte, bescheinigte der Pariser Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes dem bösen Frankreich, daß es sich »in diesem Streit nicht gerade ehrenvoll geschlagen« hätte, und wenn er auch nicht umhin kann zuzugestehen, »daß der Standpunkt Frankreichs juristisch unangreifbar ist«, so nimmt er doch die Gelegenheit wahr aus dieser juristisch einwandfreien Sachlage ein Recht auf Schuldennachlaß von seiten Frankreichs für Deutschland herauszudestillieren. Man muß sich

diesen ganzen Komplex vergegenwärtigen: Was liegt im Land Richard Wagners näher als die Verbindung von Aufhörung und Nibelungenschatz, Alberich, Drachen und Siegfried? Es war beinahe eine romantische Zauberoper mit allen Requisiten dieser Gattung, ohne (dahin freilich auch nicht passende) volkswirtschaftliche Kenntnis von der Mechanik der Geld- und Goldbewegung. Die fand man erst später, zuerst im Handelsteil, dann auch im Politischen Teil der großen Zeitungen wieder, und man gestand ein:

»Die These, daß man in Frankreich aus politischen Gründen möglichst viel Gold ins Land zu ziehen gesucht hat, läßt sich heute nicht aufrechterhalten.«

Also am 24. Januar im Handelsteil der Vossischen Zeitung, des selben Blatts, in dem kurz vorher Hans Zehrer Aristide Briand seinen Sieg über England mit den silbernen Kugeln erfechten läßt.

Doch um zum Positiven zurückzukehren: Der deutsche Reichsaußenminister Julius Curtius konnte sich Mitte Januar mit etwas weniger nationalistischem Gepäck beladen nach Genf begeben. Von allen Seiten, mit Ausnahme der erklärten Katastrophenpolitiker, war die Stimmung genügend für die Erkenntnis vorbereitet, daß wenigstens um die gepanzerte Faust am besten ein Glacéhandschuh zu ziehen sei, daß es möglicherweise noch besser wäre die Panzerung ganz zu Haus zu lassen und die Frage des Minderheitenschutzes mit der Revisionsforderung lieber nicht zu verquicken. Man warnte vor Über-eilung, man warnte vor übertriebenen Hoffnungen, die man bis dato selbst genährt hatte. In dieser gedämpften Atmosphäre kam es schließlich zu dem Resultat in Genf, das bis in die Kreise der Rechten hinein als ein Erfolg des Reichsaußenministers einigermaßen widerwillig anerkannt wird. Es war sicherlich ein Erfolg der deutschen Zurückhaltung in letzter Stunde, ein Erfolg wiedergewonnener außenpolitischer Vernunft, aber noch viel mehr ein Erfolg jener Verständigungspolitik, in der Aristide Briand seine Lebensaufgabe erblickt, und die heute Gemeingut des französischen Volks ist. Das in Deutschland klar auszusprechen, nachdem man vorher die Reise August Zaleskis über Paris sehr hämisch glossiert und ein abgekartetes Spiel gegen Deutschland prophezeit hatte, scheut man sich nach wie vor freilich ebenso, wie man sich auch nicht eine Anerkennung der konzilianteren (freilich auch politisch klugen) Haltung des polnischen Außenministers abzurufen vermag. Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist.

Dieses Versagen einer Anerkennung hat freilich wiederum seine politischen, in der Hauptsache innenpolitischen Gründe. Der Deutsche Reichstag soll sagen, ob er Verständigung mit Polen oder Fortsetzung des Handelskriegs mit Ausblick auf einen militärischen will. Und leider muß festgestellt werden, daß die »zweifelloos wirkungsvolle Geste« Zaleskis vor seiner Abreise nach Genf, nämlich die Empfehlung an den Sejm den deutsch-polnischen Handelsvertrag so rasch wie möglich zu ratifizieren, auf Deutschland keinen adäquaten Eindruck gemacht hat. Die Reichsregierung wurde mit Drohtelegrammen bombardiert. Die allzu lange geübte Duldsamkeit der Regierung den nationalsozialistischen Schlagworten gegenüber, der Versuch den Hakenkreuzlern »den Donner zu stehlen«, wie das die Times hübsch formuliert haben, macht es ihr und den hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien nicht leicht auf dem Weg fortzuschreiten, der sich in Genf verheißungsvoll geöffnet hat. Hielt es doch auch der Reichskanzler Heinrich Brüning, der in seinen verschiedenen Reden der letzten Zeit den Mut gefunden hat gelegentlich unbequeme Dinge auszusprechen, auf seiner Ostreise für richtig den neuen

„Revisionisten“ angenehme Worte zu machen, betonend, daß auf die Rückkehr der ehemals deutschen Gebiete in die alten Grenzen nicht verzichtet werde. Hier decken sich bestimmte Sonderinteressen mit schuldhaft hochgepäppelten nationalistischen Ansprüchen. Das erleichtert weder dem immer noch gefährdeten Reichsaußenminister den Sprung über den Schatten einer falschen Politik noch dem Kabinett Brüning die Erfüllung der Aufgabe, die Deutschland gestellt ist. Denn diese Aufgabe ist den Frieden in Europa zu sichern. Es kommt dabei in erster Linie auf Berlin an. Voraussetzung europäischer Einigung ist die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, und die schließt heute die Verständigung zwischen Deutschland und Polen ein.

Aber sind die wirtschaftlichen und politischen Vorteile einer gesamteuropäischen Verständigung in Deutschland überhaupt begriffen? Das ist die Frage. René Lauret zitiert im Temps vom 1. Februar als Zeichen beginnender Einsicht 2 Äußerungen der deutschen Rechten, die nach dem französischen Text rückübersetzt so lauten:

»Eine entscheidende Änderung der Situation kann sich nur als Folge einer Änderung des Zustandes der Grenzen ergeben, in der Weise, daß die gegenwärtigen Grenzen verschwinden, oder daß sie einfach unsichtbar gemacht werden.«

Das hätten die schwerindustriell nationalistischen Leipziger Neuesten Nachrichten geschrieben. Und Otto Hoetzsch bekenne sich, wie Lauret ganz richtig sagt, zur Politik Stresemanns, wenn er schreibe:

»Die Gesten und Appelle an die starke Hand und an eine Macht, die wir nicht haben, sind völlig unnütz. Der einzig mögliche Weg ist der einer vorausschauenden, zielbewußten und entschlossenen Verständigungspolitik.«

Vorsichtig muß man zu diesen beiden Äußerungen leider sagen: Auch 2 Schwalben machen noch keinen Sommer. Die Taktik der deutschen Delegation auf der Europakonferenz, ihre Haltung in der Frage der sogenannten Abrüstung und die dazu gegebenen Pressekommentare lassen nicht darauf schließen, daß man schon weit genug ist »vorausschauende, zielbewußte und entschlossene Verständigungspolitik« zu treiben. Die Pressuren zur Einladung des bolschewistischen Rußlands und der Türkei trägt klar antieuropäisches Gepräge. Eingeschlossen ist die Drohung, daß Deutschland ebensogut nach Osten wie nach Westen optieren könne. Natürlich steht im Hintergrund die Frage nach dem Kaufpreis für die Bereitwilligkeit sich in ein europäisches System einzugliedern. (Um allen Mißdeutungen zu begegnen, sei in Parenthese bemerkt, daß die Konzeption einer Einigung Europas natürlich nicht im mindesten antirussische Tendenz trägt. Das ist hier von Anfang an und immer wieder gezeigt worden.) Für die deutsche Politik der verschiedenen Eisen im Feuer oder, wenn man will, des Spiels mit verschiedenen Bällen gilt aber noch immer das Wort Ferdinand Lassalles, daß es verderblich ist in großen Dingen schlaue zu wollen. Es entbehrt, wenn man die Diskussion zwischen den Außenministern Curtius und Briand verfolgt, nicht der Pikanterie, daß bei dieser letzten Tagung die Fronten mindestens äußerlich gewechselt haben. Hatte man von deutscher Seite ursprünglich leidenschaftlich die Auffassung Briands bekämpft, daß die politische Flurbereinigung dem wirtschaftlichen Aufbau in Europa vorangehen müsse, so bekämpfte man jetzt ebenso leidenschaftlich seinen Vorschlag einen planmäßigen wirtschaftlichen Eingriff vorzunehmen, das Verhältnis der östlichen Agrarstaaten zu den Industriestaaten des Westens zu regeln.

Der eigentliche Grund für diese Abwehr ist vielleicht, daß man darin Gefahren für den jetzt hier und da liebevoll gehegten Plan eines von Deutsch-

land beherrschten Mitteleuropas sieht, in dem den Agrarstaaten des Ostens eine dienende Rolle zugewiesen wird. Im Bann dieser, allerdings ohne den Wirt gemachten Rechnung übersieht man die gewaltigen Vorteile, die sich aus dem französischen Vorschlag gleichzeitig für Deutschland und für Frankreich ergeben können. Bei der wirtschaftlichen Erschließung der zivilisatorisch rückständigen Agrargebiete ergänzen sich, wie in so vielen Dingen, Deutschland und Frankreich auf das glücklichste. Das kapitalreiche Frankreich verschafft sich ein Anlagengebiet, das industriestarke Deutschland ein Austausch- und Absatzgebiet. Denn Frankreich würde, was schon früher in Deutschland ganz richtig erkannt worden ist, nicht als Abnehmer für die Agrarprodukte des Westens in Frage kommen, es braucht also gewissermaßen eine Umschlagsstelle für sein Kapital und findet sie in Deutschland, das als eine Art Zwischenstation mit den französischen Krediten seine Industrie durch die Aufträge aus den östlichen Agrargebieten stärker beschäftigen könnte. Daß sich bei solcher Zusammenarbeit politische Konsequenzen ergeben müßten, dürfte von französischer Seite kaum übersehen worden sein, es hat vielleicht sogar die politische Erwägung bei Briand im Vordergrund gestanden, und die scheinbare Inkonsequenz ist nur die Beweglichkeit eines konsequenten Politikers. Doch es geht hier ja nicht um eine Ehrenrettung des französischen Außenministers, die er nicht nötig hat, vielmehr um die Förderung der Einsichten in die Möglichkeiten, die Deutschland geboten werden, wenn es sich entschließt seinen Standort in Europa und nicht in einem östlichen oder überseeischen Utopien zu suchen.

Auch mit bolschewistischer Hilfe, falls darauf auch von ernstzunehmender Seite spekuliert werden sollte, ist Frankreich wirtschaftlich so wenig wie politisch niederzuringen. Das "russische Geschäft" ist für die deutsche Allgemeinheit infolge der ausgedehnten Garantie von Reich, Ländern und Gemeinden bis heute ein sehr kostspieliges Unternehmen gewesen; auch von dieser, der ökonomischen Seite her, ist Frankreich nicht beizukommen. So unsinnig es war in dem Goldabfluß vom Londoner Markt nach Frankreich ein teuflisches Spiel zu sehen (wenn man nicht, was sich hören ließe, aber nicht gehört wird, den ganzen Kapitalismus als Teufelei anspricht), so wahr ist es natürlich, daß die französisch-englische Goldentente nicht ohne politische Wirkung sein kann. Man muß sich wohl damit abfinden, daß Frankreich stark genug war dem vereinigten Ansturm der angelsächsischen Seemächte wie jener "Revisionisten" standzuhalten, und ferner, daß es nicht gezwungen ist dem geldbedürftigen Deutschland nachzulaufen, um nicht das Schicksal des Königs Midas zu erleben. Die wohlunterrichtete Prager Presse teilte am 13. Januar zu der wirtschaftlich-finanziellen Verständigung zwischen England und Frankreich eine Version mit, wonach »ein großer Teil der französischen Kapitalien in der englischen Industrie Beschäftigung finden« solle. Und das der tschechoslowakischen Regierung nahestehende Organ erörtert weiter die möglichen Konsequenzen aus diesem Anfang in der Weise: »In finanzpolitischer Hinsicht würde eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England heute nahezu die absolute Hegemonie auf dem europäischen Finanzmarkte darstellen, weil Amerika, das mit sich selber genug zu tun hat, und wo heute europäische Emissionen undenkbar sind, vorläufig aus der Rechnung herausfällt. Wenn diese Hegemonie, die ja nur auf einem Ausgleiche der politischen Anschauungen beruhen kann, im Sinne der politischen Beruhigung, im Sinne des wirtschaftlichen Aufbaues der europäischen Länder, im Sinne der Pazifizierung Europas benutzt würde (und das Beispiel Mussolinis zeigt, daß schließlich auch das dynamischeste Regime einer solchen Richtung Rechnung tragen muß), dann wäre dies noch eine

weitere Zugabe zu den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen einer solchen Neudistribution der Kapitalien. Denn wer wollte leugnen, daß an der Depression die politische Unsicherheit zu einem großen Teile die Schuld trägt? Jedes Tröpfchen Öl, das auf diese Wellen gegossen wird, hat auch eine wirtschaftliche Besserung zur Folge.«

So richtig dieser Ausblick als Möglichkeit ist, so zeigt doch das Verhalten Frankreichs gerade Deutschland gegenüber, daß seine Pläne nach wie vor in der Richtung einer Einigung des Kontinents gehen und nicht seiner Beherrschung im Verein mit Angelsachsen. Auf die natürlichen Gründe dafür einzugehen dürfte sich an dieser Stelle erübrigen. Jedenfalls: Noch am 3. Februar, unter der Überschrift Vor dem Wiedertzusammentritt des Reichstags, schrieb der Temps in deutlicher Mahnung:

»Man beginnt in Deutschland zu begreifen, daß die systematische Agitation gegen den Youngplan und gegen den Friedensvertrag von Versailles zu nichts führt, daß niemand draußen sich durch die Drohungen einschüchtern läßt, man habe große Mühe ihn durchzuführen, daß einzig der deutsche Kredit in der Welt schwer darunter leidet. Das Reich findet draußen die Hilfe, die es braucht, um die Katastrophe zu vermeiden, die die Fehler seiner Regierer (dirigeants) vorbereitet haben, nur unter der Bedingung, daß es ihm gelingt das internationale Vertrauen in den Friedenswillen des deutschen Volkes wieder zu stärken.«

Am 5. Februar berichtete die Vossische Zeitung über »Pariser Kreditpläne«, nämlich über den Vorschlag Wladimir d'Ormessons für die nächsten beiden Jahre Deutschland 50 % der Zahlungen, je 850 Millionen Mark zu erlassen, unter der Voraussetzung eines 50prozentigen Nachlasses der amerikanischen Forderungen. Und in der Ere Nouvelle trat, wie am gleichen Tag von dem Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressediensts mitgeteilt wurde, Edouard Herriot für eine finanzielle Hilfsaktion an Deutschland ein. Denn: »Der Schlüssel zur ganzen europäischen Situation liegt in der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Kommt diese Einigung zustande, so ist nichts zu fürchten, scheidet sie, so ist nichts zu hoffen.«

Man muß hinzusetzen: am wenigsten für Deutschland.

Es dient allerdings nicht der Erweckung des Friedenswillens in Deutschland noch der Mehrung des internationalen Vertrauens, wenn man, wie Leo Stahl, der Pariser Berichterstatter der Vossischen Zeitung, in dem Vorschlag d'Ormessons einen »Pferdefuß« entdeckt: die Anregung gleichzeitig die Rüstungsausgaben in beiden Ländern um $\frac{1}{12}$ herabzusetzen. Wie man, nachdem man tagaus tagein den Abrüstungsfanatiker gespielt hat, plötzlich gegen eine Abrüstungsforderung loslegen kann, bleibt das Geheimnis einer unergründlichen Linkslogik. In der Abrüstungsfrage hat in Genf die deutsche Delegation eine fragwürdige Rolle gespielt und sich dabei zwischen 2 Stühle auf den Isolierschemel gesetzt. Das kommende Jahr ist lang genug gut zu überlegen, sehr kurz, wenn es zur Aktion gegen den "Erbfeind", zur Vorbereitung von "Waffenbrüderschaften" benutzt wird. In 2 bemerkenswerten Artikeln, die Wolf von Dewall als ein »Nachwort zu Genf« in der Frankfurter Zeitung vom 30. Januar und 1. Februar 1931 unter der bezeichnenden, von dem Reichskanzler Brüning übernommenen Überschrift Der Kampf geht um die Wahrheit veröffentlichte, wird dargetan, daß die Außenpolitik sich bisher mehr an der Straße als an staatlichen Notwendigkeiten orientiert habe. Wahre Friedenspolitik lasse sich nur »durch die Friedenswaffe« herbeiführen. Dewall nennt zwar Frankreich den »Führer der Abrüstungsunwilligen«, aber diese Konzession an den (vorgestellten) "Mann auf der Straße" hindert den Redakteur des Frankfurter Blatts immerhin nicht ein über solche Phrase hinausgehendes Verständnis für die wahre Situation zu zeigen:

»Eine neue Friedensoffensive Deutschlands als Vorbereitung für die internationale Abrüstungsarbeit wäre vonnöten. Eine Friedensoffensive, die zum Ziele hat das beiderseitige Mißtrauen und damit das französische Bedürfnis nach höheren Rüstungen und einseitigen Sicherheitsbestimmungen niederzulegen, die dem französischen Volke klar machte, daß Deutschland nicht nur nach Frankreich hin sondern auch in seinen Beziehungen zu allen anderen Nachbarn wirklich nichts anderes will als den Frieden, die einen Zustand möglichst großer politischer Intimität, wie er auf wirtschaftlichem Gebiet mit wachsendem Erfolge von beiderseitigen Wirtschaftsführern bereits erstrebt wird, herbeizuführen trachtet. Herr Curtius hat in Genf wiederholt darauf hingewiesen, daß die politische Vorarbeit für die Abrüstungskonferenz von größter Wichtigkeit sein wird. Sie nach London und nach Washington hin zu richten wird sich selbstverständlich auch dringlichst empfehlen. Aber eine Vorarbeit, die nicht im direkten Benehmen mit Paris das deutsch-französische Friedensproblem in seinem Kern anpackt, wird keinen Erfolg haben können.«

Entkleidet von konzessionellem Beiwerk, sagen diese Worte das gleiche, was Julius Becker, der Genfer Berichterstatter der Vossischen Zeitung, in der Wochenzeitung Das Andere Deutschland am 24. Januar in einem mutigen Artikel gegen die Verhetzung der Öffentlichen Meinung ausführte. Er sagt dort klipp und klar, daß das Genfer Friedensprotokoll von 1924 »den Weltfrieden nach menschlichem Ermessen endgültig hätte sichern können, wenn es nicht infolge seiner gar zu großen Starrheit und der von England für unannehmbar gehaltenen Hilfsverpflichtungen der Ablehnung verfallen wäre«. Und es wird weiter dargetan, daß »die Voraussetzungen für eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen nicht erfüllt« seien, die französische Sicherheitsthese wird als zu Recht bestehend anerkannt, die Haltung der deutschen Delegation einer scharfen Kritik unterzogen, und schließlich wird ein vernichtendes Urteil auch über die Berichterstattung ausgesprochen:

»Das ganze Schauspiel [einer Abrüstungskomödie, wie sie bisher war] aber wird aufgeführt, weil man nicht einmal der heute in vielen Ländern nationalistisch so verhetzten Öffentlichen Meinung eingestehen darf, daß eine fühlbare Verminderung der furchtbar auf den Völkern und auf dem Wirtschaftsleben lastenden unfruchtbareren Rüstungsausgaben zurzeit unmöglich ist! Dieser Erfolg der Öffentlichen Meinung zeigt so recht, was sie vermöchte, wenn sie es verstanden hätte sich stärker geltend zu machen.«

Das sind andere Töne, freudevollere, als man sie gewöhnlich hört. Vielleicht macht es gerade auf deutsche Sozialdemokraten Eindruck, wenn sie weiter erfahren, mit welcher Kaltblütigkeit das Organ der englischen Arbeiterpartei, der Daily Herald, die bisherigen Pakte, ähnlich wie Becker, als »ein rechtes Lichtenbergisches Messer ohne Klinge, an dem das Heft fehlt«, betrachtet. In diesem Blatt konnte man am 17. Januar lesen:

»Da gibt es den Kelloggspakt, da ist der Völkerbundsvertrag, aber da sind auch die Flotten, die Landheere und die Luftstreitkräfte, und sie verkünden der Welt, daß nicht eine einzige Regierung glaubt, daß diese Pakte und Verträge mehr sind als "Fetzen Papier", nicht eine einzige Regierung, die willens ist ihre Sicherheit diesen Verträgen anzuvertrauen.«

Danach ist die "Sicherheitspsychose" doch nicht eine ausschließlich französische Bosheit? Man wird das in Deutschland begreifen müssen, wird auch lernen müssen, daß es Existenznotwendigkeiten gibt, die kein Land ungestraft übersehen darf. Wiederum ist (zum wievielten Mal?) eine Hoffnung auf britische Hilfe fehlgeschlagen. Das ist kein Zufall, das ist die Konsequenz der Dinge. Für die ersten Jahre der Nachkriegszeit, bis 1924, stellt im wissenschaftlichen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, im Kampf, der in Paris lebende Genosse Paul Szende in diesem Monat fest, daß die Taktik der englischen Politik darin bestand »Deutschland gegen Frankreich auszuspielen«. Man liest da unter anderm noch:

»England hatte Deutschland seine Handelsflotte und Kolonien weggenommen, auch auf seinen Reparationsansprüchen beharrte es energisch, Erleichterungen für Deutschland versuchte es nur auf Kosten Frankreichs durchzusetzen . . . Seit dem Waffenstillstand setzte England seine traditionelle Politik fort, die darin besteht die stärkste militärische Macht des Festlandes (nach der Niederlage Deutschlands nun wieder Frankreich) zu bekämpfen und ihren Einfluß zu schmälern. Nicht nur Lloyd George, der sich mit Frankreich vollständig verfeindete, sondern auch Chamberlain, der als Franzosenfreund galt, versuchten alle Widersacher Frankreichs und seiner Verbündeten zu sammeln, um diese bei jeder diplomatischen Schwierigkeit gegen Frankreich auszuspielen.«

Szende führt aus, daß England, »das Land der "ältesten Demokratie"«, so »Jahre hindurch der Schutzpatron des europäischen Fascismus« wurde. Das alles, dazu noch, wenn auch von der »fixen Idee der "sécurité"« gesprochen wird, die Anerkennung für das Genfer Protokoll als der »bisher gelungensten Lösung des Sicherheitsproblems«, die Aufforderung die französische Sicherheitsforderung »auf ihren realen Gehalt zu prüfen«, die Betonung, daß die Furcht der Franzosen vor einem Überfall sehr begründete Ursachen habe; alles das sind Bestätigungen einer Meinung, die vor kurzem noch in führenden Kreisen der Sozialistischen Internationale, auch der österreichischen Partei, als Hirngespinnste einiger Außenseiter abgetan wurde.

Alle diese Wandlungen in der Auffassung und in der praktischen Politik sind erfreuliche Anzeichen. Aber es hieße den Dingen Gewalt antun, wollte man die Gegenströmungen übersehen, die erweckt wurden, Gegenströmungen, die noch immer mächtig genug sind, um zu einer neuen Überflutung zu führen. Schon die Reichstagsrede des Reichsaußenministers am 10. Februar hat, wie man aus dem Pariser Echo erst deutlich merkte, einen Teil des Damms wieder eingerissen, den zu bauen man gerade begonnen hatte. Man hatte "drüben" mit vollem Recht erwartet, daß die deutsche Regierung die Verpflichtungen, die ihr aus dem Ergebnis von Genf erwachsen sind, in die Tat einer von nationalistischen Zerstörungskeimen gereinigten Außenpolitik umsetzen würde. Statt dessen wurde wiederum die ganze Magna Charta der deutschen Revisionsforderungen mit allen Tipfelchen zur Beruhigung der "nationalen Opposition" ausgebreitet. Verständlich, daß hinter diesem Schwanden die Konzessionen an die politische Vernunft, die sowohl die Rede des Außenministers wie die im einzelnen, besonders nach Polen hin, positivere Ergänzungsrede des Zentrumsführers Ludwig Kaas enthielten, für die Augen des Auslands verschwanden oder zum mindesten an Wert wesentlich einbüßten. Auch der Fonds von Rücksichtnahme auf die innenpolitischen Schwierigkeiten des deutschen Außenministers, die seit Gustav Stresemanns Wirken Tradition der französischen Außenpolitik ist, kann erschöpft werden. Das Presseecho aus Frankreich auf die Etatsrede Julius Curtius' ist eine Warnung, die die deutsche Regierung hoffentlich nicht überhören wird.

Man schmeichelt sich in Deutschland, mit einem Seitenblick nach dem Westen, zu den "dynamischen" Völkern zu gehören (obwohl für das angeblich so traditionsbeschwerte Frankreich doch wohl immer noch der bekannte Ausspruch Caesars über die Gallier gilt: daß sie »novarum rerum cupidi« seien; was sie schließlich in der Großen Revolution zeigten, und was man, wenn man will, auch heute noch in Paris überall bemerken kann). Nun ist Politik nach jenem Modewort gewiß eine dynamische Angelegenheit, einem Fluß vergleichbar, dessen einzelne Wellen und Strudel kommen und vergehen, dessen Lauf aber in einem natürlich bestimmten, wenn auch regu-

lieblichen Bett verläuft. Das Unglück der deutschen Außenpolitik der Nachkriegszeit ist es gewesen, daß sie sich immer wieder verleiten ließ aus jeder veränderten *Wellenbewegung*, aus jeder veränderten Stromstärke auf eine Änderung der *Stromrichtung* zu schließen, und daß sie das Dynamische der Politik in einer (dazu noch ungeschickten) Anpassung an die jeweilige Flutänderung, anders: an vorübergehende Tagesereignisse und Tageskonstellationen, suchte. Daher die Unstetigkeit, daher natürlich auch dauernde Enttäuschung, daher aber auch das dauernde Mißtrauen draußen. Deutschland, so sagt man bei uns gern, ist das Herz Europas. Nun, dann kann es nicht ohne den ganzen Körper leben, ohne die Blutströme, die in das Herz ein- und ausfließen. Was Deutschland braucht, um seine natürliche Funktion zu seinem eigenen Wohlbefinden ausüben zu können, ist eine Politik, die sich seiner geographischen, wirtschaftlichen und politischen Lage anpaßt, und die eine Stetigkeit in der Zielsetzung und der Gesamttaktion gewinnt, die bisher gefehlt hat. Sind die registrierten Anzeichen dafür der Auftakt, oder sind es nur vorübergehende Anpassungen an stärkern äußern Zwang? Die um das Wohlwollen der Nationalisten besorgte Rechnungslegung, die Curtius gab, löst Befürchtungen aus. Wiederum verstärkt der Passus in der Rede Rudolf Breitscheids, der auf die Notwendigkeit einer europäischen Einheitsfront dem schuldeneintreibenden Amerika gegenüber hinweist, die Hoffnung, daß das Verständnis für eine Revision der deutschen Außenpolitik, der wichtigsten, die es gibt, endlich doch an Boden gewinnt.

Auf die immer wieder, aber auch immer präziser gestellte Frage, ob es Feindschaft oder Freundschaft mit dem übrigen Europa sucht, wird das deutsche Volk in den nächsten Monaten, vielleicht Wochen schon, eine präzise Antwort zu erteilen haben. Und nur der direkte Weg, das muß dem Reichsaußenminister Julius Curtius endlich klar werden, führt zum Ziel des Wiederaufstiegs, den Deutschland bisher auf Seitenpfaden vergeblich gesucht hat.

ANNA SIEMSEN · STAATSBÜRGERLICHE ERZIEHUNG

STAATSBÜRGERLICHE Erziehung verlangt die Weimarer Verfassung. Und diese Forderung hat von der vorgeschriebenen Verteilung des Verfassungstextes an alle Schulentlassenen bis zu den Vorschriften der Lehrpläne und den Lehrbüchern der Staatsbürgerkunde eine nicht unerhebliche Betriebsamkeit bei Behörden, Verlagen und schreibgewandten Pädagogen entfesselt. Man sollte also erwarten, daß nach reichlich einem Jahrzehnt die Früchte dieser Betriebsamkeit in wachsendem politischen Verständnis der davon betroffenen Jugend zutage treten würden. Das Gegenteil ist der Fall. Wo die politische Haltung der Jugend sich bemerkbar macht, da finden wir sie, ich will nicht formulieren: in den extremsten politischen Lagern (das könnte ja unter Umständen der politischen Situation entsprechen), sondern in den Lagern, die sich durch eine Wolkenkuckucksheimtheorie und eine Praxis politischen Strauchrittertums auszeichnen, das jeder staatsbürgerlichen Erkenntnis ebenso spottet wie jeder Wirklichkeitsempfindung. Und am hoffnungslosesten ist die Verworrenheit bei der akademischen Jugend, die am längsten schon "staatsbürgerliche" Unterweisung genossen hat und daher heute deren Früchte auch am deutlichsten zeigen sollte.